

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäg. Nachm. Bezugspreis wöchentlich im voraus 60 Goldpf. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntag-Nr. 15 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3 gesp. Retikelle 0,45 Goldmark, Simweise auf Anzeigen und Eingesandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 5. Postfach Nr. 8. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4488. Bankkonto: Vereinsbank zu Golditz Filiale Waldenburg. Stadtkassens Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvereins (E. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirban.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Nachdruck, Eintragungen im Verzeichnis der Druckerei oder unser Bestehen hat der Besteller keinen Anspruch auf Gehalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 288

Donnerstag, den 13. Dezember 1923

46. Jahrgang.

Eine internationale Kredithilfe für Deutschland.

Ämtlicher Teil.

Oeffentliche Mahnung!

Bei Vermeidung zwangsweiser Beitreibung sind nunmehr innerhalb 8 Tagen zu zahlen:

1. Kircheneinkommensteuer 1923,
2. Brandhaffe Termin 1. Dezember.

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Waldenburg, den 11. Dezember 1923.

Der Stadtrat.

Realschule mit Realschule Glauchau.

Anmeldungen zur Ofteraufnahme 1924: Freitag, 14. Dez., Nachm. 4-6 Uhr, oder Sonnabend, 15. Dez., 11-1 Uhr oder 4-6 Uhr im Amtszimmer des Rektors.

Dollarkurs (amtlich 11. Dez.) 4200,000,000,000,000. Das Reichskabinett genehmigte die neue Besoldungsordnung für die Beamten und beschäftigte sich mit der Gewerkschaftsfrage.

Im besetzten Gebiet ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. In der Industrie wird zehn Stunden gearbeitet. Zwischen der sächsischen Regierung und dem Wehrkreis-Kommando 4 ist ein neuer Konflikt ausgebrochen. Bayern erhebt Einspruch gegen die Proletarisierung der Beamten.

Zwischen Hitler und Kahr finden Auseinandersetzungen statt. Frankreich will bis zur völligen Bezahlung im Ruhrgebiet bleiben. Das italienische Parlament wurde von Mussolini aufgelöst.

In der Ruhrfrage soll eine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt worden sein. Baldwin bleibt vorläufig im Amte. Der internationale Gerichtshof soll vom Völkerbund getrennt werden.

Der amerikanische Marineminister kündigt eine weitere Flottenerweiterung an. In Amerika werden die Steuern herabgesetzt. In Nordamerika ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück.

Waldenburg, den 12. Dezember 1923.

In der holländischen Hauptstadt Haag steht der von dem Gelde des nordamerikanischen Großindustriellen und Menschenfreundes Carnegie erbaute Friedenspalast. Die Anregung zu diesem Bau gab der letzte russische Zar Nikolaus, der in seiner Schwäche sich die Einwilligung zum Kriege mit Japan und zum Weltkrieg abringen ließ. Die Verhandlungen in diesem Gebäude konnte man bestenfalls schiedsrichterliche nennen, und es sind auch verschiedene Angelegenheiten untergeordneten Ranges erledigt worden, während sich die großen Staaten rundweg gegen Eingriffe in ihre Interessen wehrten. Der pompöse Friedenspalast hatte die Aufgaben, die ihm von seinem Erbauer gestellt waren, also nur zum Teil erfüllen können.

Besonders hat der Bau in Haag den Amerikanern und deren Regierung am Herzen gelegen. In Washington ist der Ausbau des Schiedsgerichtshofes zu einem obligatorischen und internationalen Gerichtshof, vor dem alle politischen und diplomatischen Streitigkeiten, die einen Krieg herbeiführen konnten, entschieden werden sollten, zu wiederholten Malen dringend empfohlen worden. Das alles geschah, während die Entente bemüht war, ihre Fäden zu spinnen. Präsident Wilson sprach öffentlich ebenfalls für einen solchen Weltgerichtshof, während es kein Geheimnis war, daß er durch seine Frau, die sehr enge Beziehungen zu den Damen britischer Politiker hatte, für die Sache der Entente gewonnen wurde. Wie Nikolaus von Rußland war also auch Präsident Wilson infolge seiner Charakterchwäche an seinen Friedensbestrebungen gescheitert.

Nach dem Feldzuge hat sich der frühzeitig verstorbene Präsident Harding an dem Gedanken des Weltgerichtshofes erwärmt gehabt, und jetzt ist dessen Nachfolger Coolidge darauf zurückgekommen. Damit versucht er die bösen Treibereien Poincarés aus der Welt zu schaffen, aber der Erfolg ist zunächst ein sehr pessimistischer und von praktischem Nutzen ist bisher, wie allgemein bekannt, in diesem Kriege nach dem Weltkrieg leider nichts zu bemerken. Ein Weltgerichtshof setzt wie ein jedes andere Tribunal voraus, daß eine reale Macht vorhanden ist, welche seine Urteilsprüche zur Ausführung bringt, falls es nicht selbstverständlich ist, daß alle Parteien, die für seine Erkenntnisse in Betracht kommen könnten, sich diesen von vornherein unterwerfen.

Und in beiden Fällen ist keine große Aussicht auf eine Aenderung. Weder wird kaum so schnell eine Macht aufzubringen sein, die für Urteilsvollstreckung sorgt, noch werden die Erkenntnisse stillschweigend anerkannt werden. Nach den blutigen Opfern des Weltkrieges hätte man annehmen sollen, daß die Regierungen soviel Einsicht haben würden, sich durch einen Weltgerichtshof die Möglichkeit blutiger Streitigkeiten und tölpeliger Waffenrüstungen vom Hause zu schaffen, aber wenn man sieht, wie die Völker mit dem Kriegsfeuer spielen, dann ist die Meinung, daß die Nationen von der Kriegslust völlig kurirt seien, nur gering. Die beiden großen Kaufmannsstaaten England und Amerika haben am meisten den starken Gewinn-Ausfall bemerkt, der durch die lange Handelsblockade während und nach dem Kriege eingetreten ist und sind mit einer Verständigung einverstanden. Aber dieses Frankreich nach Poincarés Willen macht nicht mit. So wird die Idee des Weltgerichtshofes vor der Hand ein schönes Blatt Papier bleiben, denn die Krakeeler in Paris werden nicht so bald ausgeschaltet sein, und so lange sie ihre Armee in der heutigen Stärke zur Verfügung behalten, wird ihnen nicht leicht beizukommen sein.

Die Rettung vor dem Chaos.

Arbeitsaufnahme im besetzten Gebiet. Im letzten Augenblick ist es infolge der Einsicht aller Beteiligten im Ruhrgebiet zu einer Einigung gekommen, die nunmehr die reibungslose Wiederaufnahme der Arbeit verbürgt.

Nachdem nämlich die letzte Abstimmung unter den Vergleuten über die Wiederaufnahme der Arbeit das Ergebnis gehabt hat, daß fast durchweg einstimmig die sofortige Aufnahme der Achtstundenschicht unter Tag beschlossen wurde, ist auf einer Anzahl von Zeichen die Aufnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen endgültig durchgeführt worden. Für die Achtstundenschicht haben im Essener Bezirk sogar die Kommunisten gestimmt. Die christlichen Gewerkschaften haben, wie gemeldet, bereits am Sonnabend ihren Standpunkt zur Achtstundenschicht endgültig revidiert.

Auch auf den staatlichen Zeichen ist nach Wiedereinstellung aller Entlassenen die Arbeit am Montag aufgenommen worden.

Die Zehnstundenschicht in der Industrie.

Wie aus Essen gemeldet wird, haben die Vertreter der Rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerke beschlossen, nur in denjenigen Betrieben die Produktion aufzunehmen, in denen sich die Arbeiterschaft mit der Wiedereinführung der zehnstündigen Schicht einverstanden erklärt hat. Auf verschiedenen Werken, so auf einigen des Thyssen-Konzerns, wie auch bei den Rheinischen Stahlwerken, wird bereits wieder in zehnstündiger Schicht gearbeitet. Unter den gleichen Bedingungen wird auch bei dem Bochumer Verein wieder gearbeitet.

Bereinigungen im Güterverkehr.

Nach dem Abschluß des Mainzer Eisenbahnabkommens ist es nun auch gelungen, Bereinigungen im Güterverkehr zu erlangen. Bisher mußte für alle

die Güter, die vom unbesetzten in das besetzte Gebiet versandt wurden, die Fracht in zwei Teilen für die Strecke des unbesetzten Gebietes und für die Regiestrecke gesondert gezahlt werden, d. h. die Gütersendungen mußten bei den Uebergangsbahnhöfen neu aufgegeben werden. Nunmehr können die Güter von der Auslieferungstation im unbesetzten Deutschland bis zur Empfangs-(End-)Station im besetzten Gebiet durchlaufen, ohne daß an der Grenze eine Behandlung der Papiere stattfindet. Voraussetzungen sind sich dadurch auch der Aufenthalt an den Grenzstationen abkürzen lassen, wenn nicht die Zollbehörde hier neue Schwierigkeiten macht. Nach der neuen Vereinbarung soll die Fracht für die deutsche Strecke (also die Strecke vom Abfertigungsort des unbesetzten Gebietes bis zur Grenzstation) vom Abfertiger getragen werden, während die auf den Regiestrecken entstandenen Frachtkosten auf der Empfangsstation im besetzten Gebiet berechnet und erhoben werden sollen.

Ruhr- und Reparationsfrage.

Einigung zwischen England und Frankreich?

In unterrichteten diplomatischen Kreisen Londons verlautet mit Bestimmtheit, daß zwischen England und Frankreich über die Ruhrfrage und die Reparationsleistungen Deutschlands eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden sei.

1. Die Ruhrkontrollation muß in ein einfaches System finanzieller und wirtschaftlicher Kontrolle unter Teilnahme Englands umgewandelt werden;
2. Diese Kontrolle muß mit Einverständnis der Berliner Regierung als das geeignetste Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen und der deutschen Währung schriftweise auf andere Gebiete Deutschlands ausgedehnt werden;
3. Frankreich muß jede Unterstützung der rheinischen Separatisten fallen lassen, aber mit Belgien und England gemeinsam die Autonomie des Rheinlandes im Rahmen des Reiches garantieren;
4. Die militärische Besetzung des Rheinlandes soll aufrecht erhalten bleiben; das Hauptkontingent der Besatzungstruppen soll Frankreich unter Verantwortung dem Völkerbunde gegenüber stellen;
5. Die Militärien werden bei jedem deutschen Angriffsbemühen sofort gemeinschaftlich einschreiten;
6. Frankreich verzichtet formell auf jede Ansprüche, das Rheinland zu annektieren;
7. Frankreich und England werden eine militärische, Flotten- und Luftallianz eingehen.

Endlich heißt es noch in dem angeführten Abkommen: Die Gesamt-reparationsverpflichtung Deutschlands wird auf 20 Milliarden Goldmark reduziert, woraus die Entschädigungen für Frankreich, Belgien, Serbien und Italien sowie ein genügendes Koeffizient der britischen Schuld an Amerika gedeckt werden sollen. Beide Mächte verpflichten sich zu einer gemeinsamen Politik der Verständigung mit Bezug auf alle kontinentalen Fragen, insbesondere auch in der Mittelmeerfrage.

Hitler und Kahr.

Aus den Münchener Nachrichten.

Zwischen Hitler und dem Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr findet augenblicklich eine Auseinandersetzung in breiter Oeffentlichkeit statt. Nachdem Kahr und auch die Regierung Anklagen sich kürzlich in heftiger Weise gegen Hitler gewandt haben, gibt dieser in einem offenen Brief nähere Einzelheiten über die Vorgänge bekannt.

Hitler betont, daß er im Nebenfaal des Bürgerbräus bei der entscheidenden Besprechung mit Dörfow, Kahr und Seiser gleich seine Pistole abgegeben habe. Es sei kein Revolver vorgehalten worden, kein Wort der Drohung oder des Zwanges sei gefallen. Ungehindert gingen die Herren im Nebenfaal auf und ab, es wurde geraucht, die Herren setzten sich ungezwungen zeitweise auf die Tische. Hitlers Behauptung, daß